Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 49 (1970)
Heft: 9

Rubrik: Profile der Weltpolitik

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

chenen Wachstums ein, und die nach dem Krieg verschobenen Infrastrukturinvestitionen mussten und müssen immer noch unter Bedingungen nachgeholt werden, die wesentlich kostspieliger und schwieriger zu bewältigen sind, als dies vor und unmittelbar nach dem letzten Krieg der Fall gewesen wäre. Hätte die Schweiz beispielsweise in den Krisenjahren des dritten Jahrzehnts unseres Jahrhunderts ein Autobahnnetz aufgebaut, statt zehntausende von Leuten stempeln gehen zu lassen, so wären uns diese Autobahnen bestimmt auf einen Bruchteil dessen zu stehen gekommen, was wir heute dafür zu bezahlen haben. Da aber zu jenem Zeitpunkt, wie wir im vorhergehenden Kapitel gezeigt haben, eine antizyklische Konkunkturpolitik à la Keynes sich noch nicht bei den Regierungen durchgesetzt hatte, können wir unserer damaligen Regierung keinen allzu grossen Vorwurf deswegen anlasten. Die hauptsächlichsten Infrastrukturlücken bestehen heute in den Sektoren Erziehung, Forschung, Gesundheitswesen und Verkehr. Zahlreiche Wachstumstheoretiker behaupten, dass ein gewisses Nachhinken der Infrastrukturinvestitionen gegenüber den privatwirtschaftlichen Investitionen eine mehr oder weniger natürliche Begleiterscheinung des Wachstums sei. Dies ist sicher richtig, doch müssen wir uns andererseits vor Augen halten, dass eine zu grosse Lücke zwischen Infrastruktur und privatwirtschaftlicher Entwicklung verunmöglichen wird. Die in den letzten dreissig Jahren gewaltig gestiegenen Anforderungen, die neue Infrastrukturprojekte an die Finanzkraft des Staates gestellt haben, sind entscheidend dafür verantwortlich, dass der Anteil des Staatshaushaltes am Sozialprodukt seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stetig zugenommen hat.

Profile der Weltpolitik

«Demokratie und Wirklichkeit im Mittleren Osten

Die verschiedenen Untergrundverbände der radikalen palästinensischen Araber empfehlen für die Zukunft die Schaffung eines Palästina-Staates, der an die Stelle Israels treten soll. In diesem Palästina-Staat sollen nach den offiziellen Erklärungen der Untergrundführer «Moslems, Christen und Juden» einträchtig zusammenleben können. Israel wird von ihnen als «geschlossene Gesellschaft», als rassistisch und als «Unrechtsstaat» abgelehnt. Die Sprecher der Palästinenser im Auslande versuchen, den von ihnen vorgeschlagenen Staat als Idyll des Friedens zu empfehlen, und ihre Argumente machen auf die Kreise der «Neuen Linken», auf Jugendliche und Studenten auch gewissen Eindruck.

Israels Ministerpräsident Golda Meir hat in ihrer temperamentvollen Weise alle Ideen dieser Art kürzlich in einem Interview entschieden abgelehnt. «Juden sind ein eigentümliches Volk, wir wollen uns selbst regieren und

möchten nicht in einem Staate leben, der von Yassir Arafat, dem Führer von Al Fatah beherrscht wird». Über diese kurze und gefühlsbetonte Ablehnung hinaus haben alle verantwortlichen Politiker eingehend begründete Argumente gegen den «Idealstaat» der Untergrundverbände.

Diese Organisationen haben sich in den letzten Jahren drei führende Instanzen geschaffen. An der Spitze der «Palästina-Befreiungs-Organisation», die schon vor dem Sechstage-Krieg (nämlich 1964) gegründet wurde, steht der «Nationalrat für Palästina», dessen Vorsitzender seit 1969 auch der Fatah-Führer Yassir Arafat ist. Ausserdem wurde auf der letzten Konferenz des Nationalrates in Kairo ein «Kampfausschuss der Untergrundverbände» gegründet, der die strategische und politische Planung des Krieges gegen Israel übernehmen soll. Letztens wurde ausserdem ein ähnlicher Ausschuss in der jordanischen Hauptstadt Amman geschaffen, der für die Beziehungen zur jordanischen Regierung zuständig ist, im übrigen jedoch auch mit der Planung des Krieges gegen Israel beschäftigt ist.

In allen diesen Instanzen hat immer wieder die Frage der Stellung der Juden im künftigen palästinensischen Staate eine Rolle gespielt.

Ganz ernst kann es den Führern der Untergrundverbände mit ihren friedlichen Zukunftsschilderungen nicht sein, sonst wären nicht die folgenden Erklärungen abgegeben worden, die von den Israelis nicht vergessen werden:

Der Vertreter Nassers Ali Sabri (der eine Zeitlang entmachtet war und gerade letztens auf sowjetischen Wunsch wieder in Amt und Würden gesetzt wurde) hatte die Stellung der Araber zu Israel in einem Interview folgendermassen definiert: «Die Existenz Israels im Bezirk gleicht einem Fremdkörper. Jeder Körper versucht einen eingedrungenen fremden Bestandteil auszustossen und ihn zu beseitigen. So ist es auch in der menschlichen Gesellschaft. Israel geht gegen die Araber und ihre gesellschaftliche Existenz vor. Die Araber lehnen die Existenz des Zionismus ab und werden nicht ruhen, bis sie Israel liquidiert haben».

Der Fatah-Führer Yassir Arafat betonte in einem Interview mit der libanesischen Zeitung «Al Anwar»: «Die Idee von Fatah, einen demokratischen Staat zu schaffen, hat sogar bei gewissen arabischen Brüdern kritische Aufnahme gefunden. Diese Parole folgt jedoch dem Hauptgrundsatz, dass erst das Land befreit und die Existenz des Zionismus vernichtet werden muss. Erst dann kann der erstrebte demokratische Staat kommen. Dann können palästinensische Christen und Moslems mit den Juden zusammenleben und gleiche Rechte geniessen. Fatah wird seinen Staat auf den Ruinen der zionistischen Gesellschaft aufbauen.»

Diese «Ruinenlehre» wird regelmässig durch den Fatah-Sender in Kairo unterstützt, der die Mitglieder der Untergrundverbände mit der Parole anfeuert: «Vernichten! Vernichten! Vernichten!»

Schon diese Art des Auftretens wird bei den Juden Israels wenig Sympathien für den geplanten Palästina-Staat hervorrufen, denn sie müssen damit rechnen, dass nur ein kleiner Teil von ihnen nach grossen Verlusten

und inmitten von Ruinen der so gelobten Gleichberechtigung im demokratischen Staat Arafats teilhaftig werden wird.

Aber selbst die Juden, die den «Befreiungs- und Vernichtungskrieg» Arafats und der anderen Untergrundverbände überlebt haben sollten, können nicht sicher sein, dass sie im künftigen «demokratischen» Palästinastaate gleichberechtigte Bürger sein werden. Die Frage der Stellung der Juden in diesem Zukunftsstaate beschäftigt immer wieder die Beratungen der Untergrundverbände, und sie sind mit diesem Problem noch nicht fertig geworden.

In früheren Jahren sprachen ihre Führer oft davon, dass man die Juden beim Vormarsch bis zum Mittelmeer ins «Meer werfen» und so eine «Endlösung» herbeiführen werde. Heute hüten sich die arabischen Führer, solche Worte zu gebrauchen, da sie gesehen haben, dass diese Art der Propaganda ihnen nur schadet. In der westlichen Presse, besonders in der Londoner «Times» sind schon Briefe von arabischer Seite erschienen, in denen der Vorwurf des «Ins Meer Werfens» entrüstet zurückgewiesen wird. Besonders wichtig war ein Brief des Leiters des «Planungszentrums der Araber Palästinas», Josef Sayegh, an die «Times», in dem er betonte, in der Haltung der Araber gegenüber den Juden sei eine Liberalisierung eingetreten. Alle Juden, die im heutigen Israel leben, könnten mit der Zubilligung der Gleichberechtigung im künftigen Palästinastaate rechnen. Sayegh stellte eine ausdrückliche Erklärung der Befreiungsorganisation und des Nationalrates in dieser Beziehung in Aussicht.

Die Worte dieses Leiters des «Planungszentrums» und anderer arabischer Propagandisten im Westen entsprechen jedoch nicht den Tatsachen. Die Grundsätze der «Palästina-Befreiungsorganisation» werden in der «Palästina-Konvention» festgelegt, die eine Art Verfassung der Organisation und des Nationalrates darstellt. Diese Konvention wurde bereits 1964 – also noch vor der Machtübernahme durch Arafat – verabschiedet und wurde 1968 in einigen Punkten geändert. Sie sieht ausdrücklich vor, dass Novellierungen nur mit zwei Drittel Mehrheit möglich sind, dadurch soll die besondere Wichtigkeit und der Verfassungscharakter dieses Dokuments unterstrichen werden.

In dieser Konvention heisst es ausdrücklich, dass nur diejenigen Juden das Bürgerrecht im künftigen Palästinastaate geniessen sollen, die «vor der zionistischen Invasion» im Lande waren. Der Beginn der «zionistischen Invasion» wird an einer anderen Stelle der Konvention mit dem Jahre der Balfour Deklaration (1917) gleichgesetzt, das heisst, nur ganz alte Juden und vielleicht ihre Abkömmlinge würden die versprochene Gleichberechtigung erhalten. Jedenfalls würde nur ein ganz kleiner Teil der Juden das Bürgerrecht im demokratischen Staate Arafats bekommen. Die anderen würden entweder ohne Recht sein oder müssten gehen.

Der erwähnte Josef Sayegh hatte zwar eine weitere Liberalisierung versprochen, in Wirklichkeit sind jedoch einige der Untergrundorganisationen nicht einmal mit der Zubilligung der Gleichberechtigung an einen kleinen Teil der Juden einverstanden. Anlässlich einer Konferenz des Nationalrates

und des Kampfausschusses brachten sie ihre Einwände vor und verlangten, die Befreiungsorganisation solle nicht nach einem «demokratischen», sondern nach einem «rein arabischen Staat» streben, da sowieso alle Juden Zionisten seien und man mit ihnen nicht zusammenarbeiten könne. Dies wurde von Arafat und auch dem Führer der radikalen «Befreiungsfront», George Habache, abgelehnt, die darauf verwiesen, dass es bei den Juden heute radikale Oppositionsgruppen gebe (wie zum Beispiel die antizionistische Organisation «Mazpen»), mit denen man zusammenarbeiten müsse. Wie diese Zusammenarbeit jedoch in Zukunft aussehen soll, ist nicht klar. Die meisten Angehörigen von «Mazpen» und einigen anderen Aussenseitergruppen sind Abkömmlinge von Juden, die erst «nach Beginn der zionistischen Invasion» eingewandert sind, das heisst, sie können gemäss der Verfassung, der Palästina-Konvention, kein Bürgerrecht erhalten und müssen damit rechnen, bestenfalls als Parias geduldet zu werden.

Das ist das wirkliche Bild des «freien demokratischen Staates», der nach dem Wunsch der Untergrundverbände an die Stelle Israels treten soll. Auch wer nicht in allen Punkten mit der Politik der Regierung Israels einverstanden ist, wird begreifen, dass die Juden für diese Art von Zukunfts-Demokratie wenig übrig haben und an ihrem eigenen Staat, der ihnen nach 2000 Jahren Zerstreuung endlich die Möglichkeit zur Selbstregierung gab, mit allen Kräften festhalten wollen.

J. E. Palmon (Tel Aviv)

Dr. Richard Lienhard

Maulkorb für den Stadtpräsidenten?

> *«Die Politik, welche die Toleranz sichern will, darf nicht passiv sein. Sie verlangt eine fortlaufende kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Politik, wie mit denen, die von dieser Politik direkt oder indirekt betroffen werden.»*
> *Dr. Hans Apel, stellvertretender Vorsitzender der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, in «Die neue Gesellschaft» 2/70, Seite 155.*

Der Sachverhalt, welcher unserm nachfolgenden Kommentar zugrunde liegt, sei kurz umschrieben:

Unlängst hielt der Zürcher Stadtpräsident *Dr. S. Widmer* am Kongress der Internationalen Bürgermeisterunion in Baden-Baden eine Rede, wobei er auch die Frage der deutschen Wiedervereinigung streifte und sich in diesem Zusammenhang zu einer Auffassung bekannte, die etwa dem realistischen Kurs der Regierung Brandt/Scheel entspricht. Von diesem aussenpolitischen Exkurs Dr. Widmers nahm die «NZZ» auffällig Notiz, enthielt sich indessen